

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1031

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1031



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 20. 8. 2017

Inhalt

Faire Chancen für alle Kinder: Ja zu einer breit abgestützten Volksschule!.....	1
Die bizarre Welt der Primarschule.....	2
Lehrermangel wird sich zuspitzen.....	5
Für eine Entwarnung ist es zu früh.....	5
Kinder sollen wieder richtig schreiben lernen.....	6
Verschwörungstheorie oder Biedermann und die Brandstifter?.....	8
Schulreformen als Mittel zum Zweck.....	9
«Mein Kind gehört ins Gymnasium».....	10
Wenn Kinder «versagen».....	11
Ritalin für bessere Schulleistungen.....	13

Faire Chancen für alle Kinder: Ja zu einer breit abgestützten Volksschule!

Kantonale Volksinitiative «Lehrplan vors Volk»

Abstimmungsbüchlein, Stellungnahme überparteiliches Initiativkomitee

Mit einem JA zur Initiative «Lehrplan vors Volk» erhalten Sie als Stimmbürgerin oder Stimmbürger die Möglichkeit, die Bildung unserer Kinder mitzuprägen und somit für alle Kinder faire und sinnvolle Voraussetzungen zu schaffen.

Was heisst das konkret? Mit der Initiative «Lehrplan vors Volk» fordert ein überparteiliches Komitee mehr demokratische Mitsprache bei der Einführung von neuen Lehrplänen. Ein neuer Lehrplan für unsere Volksschule soll demnach wie bisher vom Bildungsrat ausgearbeitet werden. Anschliessend genehmigt aber nicht der Regierungsrat, sondern der Kantonsrat den Lehrplan. Das Volk soll mit dem fakultativen Referendum abschliessend über einen neuen Lehrplan entscheiden können. Wird ein neuer Lehrplan abgelehnt, muss er vom Bildungsrat überarbeitet werden. Die Initiative will also einzig den Entscheid über den Lehrplan als zentrales Instrument der Volksschule von der Exekutive in die Hände der Legislative zu übergeben.

Was nützt uns allen diese Initiative? Ganz einfach: Durch die verbesserte Mitbestimmung schaffen wir eine Volksschule, die – wegweisend für die Zukunft unserer Kinder – vom Volk getragen wird und somit für alle Kinder eine gute Basis bildet. Es findet ein

breiter Meinungs austausch über grundlegende bildungspolitische Themen unserer Volksschule statt. Stimmen aus dem Volk werden offen diskutiert und in den Entscheidungsprozess einbezogen. Kritik und Anregung erfolgen frühzeitig und nicht erst nach der Umsetzung von Reformen, die sich als untauglich erweisen. Nicht vereinzelte, oftmals vom Schulalltag zu weit entfernte Theoretiker entscheiden abschliessend über den Weg unserer Volksschule, sondern die Betroffenen an der Basis: Die breite Bevölkerung – Lehrkräfte, Eltern, Gewerbevertreter, Lehrlingsausbildner, die Gemeinden, die Bürgerinnen und Bürger – all diejenigen, die letztlich die Auswirkungen von Schulreformen in irgendeiner Form tragen müssen.

Weshalb ist der Lehrplan entscheidend? Der Lehrplan gibt die Leitplanken für die Lehrmittel und somit auch für den Schulunterricht vor. Er entscheidet also grundlegend, wie unsere Schülerinnen und Schüler für die Zukunft gewappnet sind. Eine offene Diskussion darüber gibt neue Sichtweisen und Inputs, die allen und nicht nur einzelnen Schülerinnen und Schülern zu Gute kommen.

Sagen Sie JA zur Initiative, JA zu einer breit abgestützten Volksschule und somit JA zu fairen Chancen für alle Kinder.

Die bizarre Welt der Primarschule

SonntagsZeitung vom 13.8.2017

Ein Leitfaden für Eltern, deren Kinder jetzt eingeschult werden

Marah Rikli

2011 kam mein Sohn in Zürich in die erste Klasse. Was mit viel Optimismus und Freude begann, führte schnell zu Ernüchterung, Tränen und Frust. Das Anfangsjahr war noch mit vielen Erfolgserlebnissen verbunden: Lesen zu lernen, gelang leicht, und erste Rechnungen zu lösen, machte Spass. Aber schon in der zweiten Klasse hiess es: Die Schrift ist zu hässlich, seitenweise Schreibübungen machen! Danach hasste er das Fach Deutsch.

Ähnlich ging es ihm mit Mathematik und Französisch, und ab der vierten Klasse war dank 40 Minuten Hausaufgaben pro Tag der Mist definitiv geführt. Und der Standpunkt meines Sohnes klar: An der Schule mag er am liebsten die Pausen.

In sechs Jahren Primarschule habe ich selbst einiges gelernt. Hier mein absolut subjektives, aber vielleicht denkwürdiges Fazit:

1. Die Schubladen

Bereits Kindergärtnerinnen müssen die Entwicklung der Kinder dokumentieren und füllen standardisierte Fragebögen aus: Ein Kind hält den Stift nicht richtig oder kann nicht auf einem Bein hüpfen?

Da folgen häufig Abklärungen, und es wird ein Therapieangebot präsentiert. Kein Wunder, sorgen sich Eltern, ihr Kind sei nicht normal, und machen bereits vor Schuleintritt präventiv Abklärungen. Als würde man nicht schon früh genug in Schubladen gesteckt.

Tipp: Hören Sie auf Ihr Gefühl als Eltern, vertrauen Sie dem Kind, und bleiben Sie vor allem skeptisch: Mit Abklärungen verdienen viele Leute viel Geld.

2. Elite, Elite, Elite

Stolz informierte uns der Schulleiter am ersten Elternabend über die «hohe Gymiquote von 50 Prozent». Die Sek-A- und -B-Quote sowie das viel gerühmte Schweizer System der

Berufslehre erwähnte er nicht. Ab der fünften Klasse empfahl man den geeigneten Kandidaten Gymivorbereitungskurse, die sich die Eltern bis zu 1000 Franken kosten lassen. Bestehen deren Kinder die Aufnahmeprüfung trotzdem nicht, besucht ein Grossteil nach der Primarschule eine Privatschule mit Maturaziel. Der Tanz ums gebildete Kind führt zu einem Konkurrenzkampf, auch deshalb ist Mobbing allgegenwärtig. Mein Empfinden: An unserer Schule fördert man die Elite. Oder bedient die elitären Ansprüche der Eltern.
Tipp: Sich möglichst früh abgrenzen und an den Schulpéros schnell den Prosecco finden.

3. 13 : 1

Mein Sohn hatte in der ersten Klasse 13 Bezugspersonen: 5 Hortmitarbeiterinnen, 2 Klassenlehrerinnen, 1 Handarbeitslehrerin, 1 Schwimmlehrerin, 1 Musiklehrerin, 1 Lehrerin zur integrativen Förderung, 1 Heilpädagoge, 1 Klassenassistentin (pensionierte Helferin). Zum Vergleich: Ich hatte 2. Der Vorteil: Die Kinder sind nicht vom Urteil einer einzigen Lehrperson abhängig. Der Nachteil: Eine persönliche Beziehung zu den Lehrerinnen und Lehrern aufzubauen, ist für die Schülerinnen schwerer. Aber genau die bräuchte es, um Freude am Lernen zu bekommen.

Tipp: Gönnen Sie dem Kind freie Zeit, damit es die vielen neuen Eindrücke verarbeiten kann. Lernen Sie die Bezugspersonen kennen. Manchmal hilft auch gemeinsames Lästern.

4. Info-Wahnsinn

Ich habe einen grossen Ordner anlegen müssen für die unzähligen Mails und Merkblätter. Wöchentlich erhielt ich Papiere zu Gewaltprävention, gesundem Znüni oder Medienkonsum, zu sicherem Velofahren, Sexualerziehung und Zecken. Zu Klassenlagern, Projektwochen und natürlich Schulsozialarbeitern und Mobbing. Dazu kamen E-Mails der Elterndelegierten zu Abschieds-, Willkommens- und Mutterschaftsgeschenken, zu Läusen, Sporttagen, Schulhausfesten, Theater, Museen und Zirkus.

Tipp: Klassenwebsite oder eine App einrichten! Wenn es nicht die Schule macht, findet sich vielleicht ein (über-)engagierter Elternteil.

5. Die Strichlein

Die heutige Jugend akzeptiere keine Autoritäten mehr, heisst es. Kein Wunder: Jeder Toilettengang wird dreimal diskutiert. Dabei würde manchmal ein einfaches «Nein» reichen, und die Sache wäre geregelt. Stattdessen will man sich an der Schule mit Strichleinlisten und Reglementen auf recht hilflose Art Autorität verschaffen: Da gibt es Strichlein fürs Zuspätkommen, Strichlein, wenn das Kind die Hand nicht hebt, Strichlein fürs Kaugummikauen, Strichlein fürs Vergessen der Hausaufgaben. Und Reglemente zum Schulzimmer, zum Hort, zum Schulhaus und zum Schwimmunterricht. Verstösst ein Kind gegen das Reglement, muss es das Merkblatt dreimal abschreiben. Macht es auch das nicht richtig, gibt es vermutlich wieder ein Strichlein.

Tipp: Mit dem Kind über den Sinn von Regeln in unserer Gesellschaft und den dazugehörigen Konsequenzen sprechen.

6. Hausaufgaben-Terror

Der Stundenplan ist heute viel dichter, als er noch in meiner Schulzeit war. Hinzu kommt, dass länger gearbeitet wird und meistens beide Elternteile im Job eingespannt sind. Nur: Der Tag hat immer noch 24 Stunden. Nach Hort und Schule noch an die Hausaufgaben sitzen zu müssen, hat bei uns immer wieder zu Streit geführt. Mein Sohn war zu müde oder sein Kopf zu voll. Er verschwieg die Ufzgi oder «vergass» die Unterlagen in der Schule. Zeitgemässer wäre, täglich eine Schulstunde zur Hausaufgabenstunde zu machen. Oder Hausaufgaben ganz abzuschaffen.

Tipp: Sich möglichst wenig einmischen und das Kind die Suppe selbst auslöffeln lassen, wenn es die Ufzgi nicht macht. Noch besser den Hort in die Pflicht nehmen.

7. Franz für die Katz

Franz-Wörtli für eine Prüfung zu lernen und sie dann gleich wieder zu vergessen, kommt mit der Oberstufe noch früh genug. Und wenn die Kinder auf Englisch ein paar lustige Lieder singen, muss das nun wirklich nicht benotet werden. Kurz: Frühfranzösisch und -englisch schaden mehr, als sie nützen. Und wenn der Lehrer is not so sattelfest in English, then we have completely the salad. Zudem beweisen Studien, dass Kinder dadurch später keinen Vorteil haben. Also: abschaffen.

Tipp: Ferien in der Bretagne sind effizienter - und bringen der ganzen Familie etwas. der: gemeinsam Filme im Originalton mit Untertiteln schauen.

8. Buben sind böse

Die Schule muss bubenfreundlicher werden! Jungs stehen unter Generalverdacht. In den Augen der Lehrpersonen prügeln sie zu viel und haben eine zu hohe «Gewaltfaszination». Ich wurde beim Elterngespräch gefragt, ob mein Sohn Gewaltfilme schaue, er zeichne oft Soldaten und Waffen. Bezeichnend auch: Von 15 Buben aus seiner Klasse sind im sechsten Jahr noch 11 beisammen - die anderen hat man versetzt, da sie den Unterricht zu sehr störten oder verweigerten.

Tipp: Sich nicht bei jeder Schlägerei einmischen, vieles lösen die Jungs unter sich. Wird es zu grob, schalte ich mich jeweils ein - das ist dem Sohnmann so peinlich, dass es eine Weile anhält.

9. Musisch interessiert nicht

Im Turnen eine 6, Musik und Handarbeit als Lieblingsfächer. Das ist doch toll, nicht? Nein. Denn am Schluss zählen für die Oberstufeneinteilung Französisch, Deutsch, Englisch und Mathematik. Der Rest ist schön und gut, interessiert jedoch keinen. Warum gibt es keinen Niveau-Unterricht und ein Förderprogramm im Zeichnen oder Werken? Bei Mathematik ist das doch auch schon lange etabliert. Es gibt weiterführende Schulen für künstlerisch und sportlich begabte Kinder, da könnte man doch die kreativen Fächer wenigstens halb zählen lassen.

Tipp: Stärken stärken, unabhängig davon, ob das Talent ökonomisch wünschenswert ist.

10. Alle zittern

Es herrscht Angst: Die Lehrer haben Angst vor den Eltern, da diese immer öfter Anwälte einschalten. Sei es, weil ihr Kind bessere Noten verdient hätte oder weil sie das Kind nicht zum Schwimmunterricht schicken wollen. Die Eltern haben Angst um die Zukunft ihrer Kinder, und die Kinder haben Angst, nicht zu genügen. Was bitte schön kann sich in solch einem Klima entwickeln? Am ehesten noch eine Angststörung.

Tipp: Alle mal durchatmen bitte - es kommen noch andere prägende Zeiten. Was auch hilft: Meditation, schreien - und das beruhigende Wissen, dass das alles vorbeigeht.

In diesem Sinne wünsche ich allen Erstklässlern und ihren Eltern einen guten Schulstart. Und: Macht euch auf etwas gefasst! Ich bereite mich dann mal auf die Oberstufe vor - mit einem Cüpli.

Lehrermangel wird sich zuspitzen

Tages-Anzeiger vom 15.8.2017

Um den Mangel an Lehrern abzufedern, stellen viele Schulen Personal mit ungenügenden Qualifikationen an. Ohne Stellvertreter, Lehrer mit unvollständigem Diplom und Quereinsteiger in Ausbildung liessen sich zahlreiche Stellen nicht besetzen. Es bräuchte mehr Kindergärtnerinnen, doch sie werden durch die im Vergleich zur Unterstufe schlechten Arbeitsbedingungen abgeschreckt. Auch Heilpädagogen sind gefragt, seit Schüler mit besonderen Bedürfnissen in Regelklassen integriert werden. Angesichts des prognostizierten Schülerwachstums von 13 Prozent bis 2025 dürfte es nicht einfach werden, diese Lücken zu füllen. (TA)

Für eine Entwarnung ist es zu früh

Tages-Anzeiger vom 15.8.2017

Der Lehrermangel wird sich in den nächsten Jahren zuspitzen. Das stellt die Schulen vor grosse Schwierigkeiten. Schon heute beschäftigen sie viele Lehrer mit ungenügenden Qualifikationen.

Raphaela Birrer

Keine Klasse steht ohne Lehrer da. Das melden zu Beginn des Schuljahres die meisten Kantone. Vielerorts sind in der Volksschule offiziell nur noch eine Handvoll Teilzeitpensen unbesetzt. Ist der jahrelang beklagte Lehrermangel also behoben? Mitnichten, wie sich auf den zweiten Blick zeigt. Auf allen Stufen sind Stellenbesetzungen teilweise nur mit Kompromissen möglich.

So ist zum Beispiel gemäss einer aktuellen repräsentativen Studie des Schulleiterverbands (VSLCH) jeder vierte Lehrer nicht für die Stufe ausgebildet, auf der er unterrichtet. Und manchmal stehen sogar Lehrer vor den Klassen, die nie eine pädagogische Ausbildung absolvierten, wie Franziska Peterhans vom Lehrerdachverband (LCH) weiss. Dieser «qualitative Lehrermangel» hat unterschiedliche Ausprägungen.

Kindergarten: Viele Gemeinden bekunden Mühe, Lehrpersonen für diese Stufe zu finden. Der Kanton Zürich etwa beschreibt die Situation als «angespannt». Ein Grund dafür ist gemäss VSLCH-Präsident Bernhard Gertsch die Umstrukturierung der Ausbildung: Heute besuchen angehende Kindergärtnerinnen zusammen mit Unterstufenlehrern die Pädagogische Hochschule. Ihre Arbeitsbedingungen seien danach aber schlechter, etwa in Bezug auf den Lohn, weshalb sie die Unterstufe bevorzugten, sagt Gertsch.

Primar- und Sekundarstufe: Ohne Stellvertreter, ohne Lehrer mit unvollständigem Diplom und vor allem ohne Quereinsteiger, die sich noch in der Ausbildung befinden, liessen sich zahlreiche Stellen nicht besetzen. Im Kanton Zürich zum Beispiel sind es in der Primarschule aktuell 75 und auf Sekundarstufe 29 Quereinsteiger, die bereits in der sogenannten berufsintegrierenden Studienphase eine Anstellung als Lehrperson übernehmen. «Diese Massnahme hilft bei Engpässen; wir sind auf die Quereinsteiger angewiesen», sagt Marion Völger, Leiterin des Zürcher Volksschulamts. Andere Kantone erheben solche Zahlen nicht. An der Pädagogischen Hochschule Zürich machen Quereinsteiger mittlerweile 20 Prozent der Absolventen aus, wie Rektor Heinz Rhyn sagt. Indem sie im zweiten Teil ihres Studiums eine 40- bis 60-Prozent-Stelle annähmen, trügen sie dazu bei, den Lehrermangel zu entschärfen.

Schulische Heilpädagogik: Hier besteht in allen Kantonen der eklatanteste Mangel. Seit Schüler mit besonderen Bedürfnissen in den Regelklassen integrativ geschult werden, ist der Bedarf an Heilpädagogen stark gestiegen. Häufig übernehmen deshalb Lehrpersonen, die nicht dafür ausgebildet sind, deren Aufgaben. Gemäss der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik verfügen nur 50 bis 60 Prozent der Lehrer, die als Heilpädagogen arbeiten, über ein entsprechendes Diplom. Auf der Sekundarstufe bestehe der grösste Mangel, sagt Rektorin Barbara Fäh. Ein Grund dafür sei, dass nach dem Masterstudium Sekundarstufe noch eines in Sonderpädagogik erforderlich sei - ein grosser Aufwand. Grundsätzlich wäre aber die Nachfrage nach Studienplätzen um 30 Prozent höher als deren effektive Zahl. Ein Ausbau wiederum läge in der Hand der Kantone: Sie könnten zusätzliche Studienplätze kaufen.

Fachlehrer: Auf Primar- und Sekundarstufe gestaltet sich die Lehrersuche in gewissen Fächern besonders schwierig. Engpässe bestehen zum Beispiel im Französisch: Die politische Diskussion rund um die Abschaffung des Frühfranzösisch schrecke angehende Lehrer davon ab, die aufwendige Ausbildung mit Sprachaufenthalt und Diplomen auf sich zu nehmen, beobachten der Lehrer- und der Schulleiterverband übereinstimmend. «Wir wissen, dass es für die Gemeinden nicht einfach ist, Französischlehrer zu finden, weil es vergleichsweise noch wenige gibt», sagt auch Völger. Um die Nachfrage längerfristig zu decken, werde bei der Ausbildung angesetzt. «Attraktive Vertiefungsangebote an der Pädagogischen Hochschule können mehr Studenten dazu bewegen, sich auf Französisch zu spezialisieren.»

Im Moment können die Schulen mit ihren personalpolitischen Kompromissen zwar die meisten Stellen besetzen. Doch die Situation wird sich schon bald verschärfen. Zum einen wird in den nächsten zehn Jahren rund ein Drittel aller Lehrer pensioniert. Oft handelt es sich dabei um Männer, die Vollzeit oder zu einem hohen Prozentsatz unterrichtet. Da heute viele der zumeist weiblichen Lehrpersonen Teilzeit arbeiten, werden die Stellen nur mit grossen Anstrengungen zu besetzen sein.

87 000 zusätzliche Kinder

Zum anderen stellt die demografische Entwicklung die Schulen vor Herausforderungen. Bereits heute zeichnet sich in den Kindergärten ab, was das Bevölkerungswachstum für die Bildungsinstitutionen bedeuten wird. Bildungsforscher Stefan Wolter prognostiziert bis ins Jahr 2025 Höchststände bei den Schülerzahlen. Der Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung geht von einer schweizweiten Zunahme von 13 Prozent aus. In einigen Kantonen wie Basel-Stadt, Zürich oder Thurgau werden die Schülerzahlen demnach gar um fast 20 Prozent ansteigen. Alleine auf der Primarstufe dürften in nicht allzu ferner Zukunft 87 000 Kinder mehr zur Schule gehen als aktuell.

Die Kantone sind sich der Herausforderungen bewusst. Allein: Eine Strategie zu deren Bewältigung scheint noch zu fehlen.

Kinder sollen wieder richtig schreiben lernen

FAZ vom 9.8.2017

Von Florentine Fritzen

Immer mehr Bundesländer kehren davon ab, dass die Texte der Kinder erst einmal nach Gehör verfasst werden – denn die Ergebnisse sind schauerlich.

Immer mehr Bundesländer kehren ganz oder teilweise vom „Schreiben nach Gehör“ in

Grundschulen ab. In Baden-Württemberg und Hamburg ist die vielkritisierte Methode schon verboten – und vorgeschrieben, dass wieder auf korrekte Rechtschreibung geachtet werden muss. Nordrhein-Westfalen erwägt das ebenfalls: Nach Angaben des Schulministeriums lässt Ministerin Yvonne Gebauer von der FDP im nächsten Schuljahr prüfen, wie Rechtschreibung an den Grundschulen vermittelt wird. Derzeit herrscht dort wie in vielen Bundesländern didaktische Freiheit, die Lehrer suchen sich ihre Methoden also selbst aus. Anschließend will Gebauer zügig entscheiden, ob sie das Schreiben nach Gehör, das wissenschaftlich „Lesen durch Schreiben“ heißt, etwa per Erlass verbietet.

Ähnlich äußert sich die neue Bildungsministerin von Schleswig-Holstein, Karin Prien von der CDU: „Ich habe große Skepsis gegenüber der Methode Lesen durch Schreiben.“ Sie habe deshalb gerade die Entwürfe ihrer Vorgängerin für neue Lehrpläne gestoppt und werde diese gemeinsam mit Fachleuten noch einmal überarbeiten. Priens Parteikollegin Susanne Eisenmann, Kultusministerin von Baden-Württemberg, sagt: „In Mathe war zwei und zwei schon immer vier und nicht ungefähr vier. So muss es auch im Deutschunterricht sein.“ Und Ties Rabe, der Hamburger Schulsenator von der SPD, meint: „Viele Lehrer haben zu lange geglaubt, dass Kinder richtiges Schreiben mit Hilfe genialer Unterrichtsmethoden im Vorbeigehen lernen. Aber Rechtschreibung muss man echt üben.“

Auch Eltern und Pädagogen sehen mit Sorge, dass Kinder und Jugendliche die deutsche Rechtschreibung immer schlechter beherrschen. Beim Schreiben nach Gehör verfassen Schüler von Anfang an kleine Texte, ohne dass die Lehrerin Fehler verbessert. Diktate gelten als verpönt. Die Folge: Im Bewusstsein der Kinder verfestigt sich, dass richtiges Schreiben nicht so wichtig ist. „Dabei wollen Kinder gleich das Richtige lernen, wollen wie die Erwachsenen schreiben“, sagt die Potsdamer Grundschulpädagogin Agi Schründer, die Politiker als Expertin berät.

In Schulen herrscht ein Methodenmix

„Die derzeitige Generation von Schülern liest und schreibt so wenig wie keine zuvor, zumindest, was volle, komplexere Sätze betrifft“, sagt der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Heinz-Peter Meidinger. Wenn die Jugendlichen dann Bewerbungsschreiben verfassten, träfen sie auf eine „knallharte Gegenwart“: „Da steht richtiges Schreiben für Zuverlässigkeit, Verlässlichkeit und Ordnungssinn.“ Derzeit herrscht in den Schulen oft ein Methodenmix; auf der reinen Lehre des „Lesens durch Schreiben“ aus den siebziger Jahren beharren nur noch wenige. Aber in der Nachfolge des auch in Deutschland tätigen, inzwischen verstorbenen Schweizer Pädagogen Jürgen Reichen unterstellen immer noch viele Lehrer, dass sich Kinder durch die Lust am Verfassen zusammenhängender Texte die Rechtschreibung mehr oder weniger selbst aneignen.

Aus Sicht der Kritiker benachteiligt das Schreiben nach Gehör vor allem Kinder mit Migrationshintergrund, aber auch solche aus bildungsfernen Familien. Deren Eltern könnten nachmittags nicht mit ihren Kindern üben, richtig zu schreiben. Ein weiteres Problem ist für Kinder mit anderer Muttersprache die oft verwendete Anlauttabelle: Zu jedem Buchstaben ist darin ein Gegenstand abgebildet, der mit diesem Buchstaben beginnt; damit klaben sich Erstklässler Buchstabe für Buchstabe ihre Wörter zusammen. Aber ausländische Kinder verbinden mit den Bildern natürlich andere Laute.

In Baden-Württemberg wurde das Schreiben nach Gehör verboten, nachdem das Land in Rechtschreibvergleichen abgesackt war. Kultusministerin Eisenmann forderte Ende vorigen Jahres alle Schulen in einem Brief auf, von der Methode abzulassen. Jetzt spiele „Orthographie ab Klasse eins wieder eine Rolle“. Für die promovierte Germanistin geht es dabei auch um die Frage, wie die Gesellschaft mit ihrer eigenen Kultur umgeht: „Die mediale Welt verkürzt unsere Sprache. Wir müssen deshalb auch darauf achten, dass wieder mehr Bücher gelesen werden.“

Der Hamburger Bildungssenator Rabe hat schon 2014 im Rahmen einer „Rechtschreiboffensive“ verhindert, dass Kinder nicht auf richtige Schreibweisen achten mussten. Jetzt gehe es darum, den Lehrern „immer wieder zu sagen, wie wichtig Rechtschreibung ist – auch vor dem Hintergrund, dass immer neue Stoffe und Themen in die Grundschulen dringen, von Fremdsprachen über Theater bis zu Ernährung“, sagt Rabe. In Bayern wird „Lesen durch Schreiben“ ebenfalls nicht angewendet – wie in Hamburg gibt es dort einen verbindlichen Grundwortschatz von rund 800 Wörtern. Der soll am Ende der Grundschulzeit sitzen; immerhin diese Wörter müssen dann also richtig geschrieben werden.

In Hessen arbeiten Lehrer zwar nach wie vor viel mit Anlauttabellen und nach dem Prinzip, dass es eine „Kinderschreibweise“ gibt und, davon abgehoben, eine „Erwachsenenschreibweise“, die für alle verbindlich gilt. Aber auch dort legt das Kultusministerium Wert darauf, dass von Anfang an auf korrektes Schreiben geachtet werde. Und im neuen Schuljahr sollen mehr als fünfzig hessische Schulen probeweise mit einem am bayerischen Grundwortschatz orientierten Wortschatz arbeiten.

Verschwörungstheorie oder Biedermann und die Brandstifter?

Newsletter Einspruch, Juli 2017

Die Bildungsdebatte in Bern

Der Anlass im Auditorium Maximum der Berner Universität war prominent besetzt: Der bernische Erziehungsdirektor Bernhard Pulver, die Leiterin Pädagogik von Bildung Bern (der bernischen Standesorganisation) Franziska Schwab, der emeritierte Professor Walter Herzog und der Bieler Reallehrer Alain Pichard diskutierten über einige umstrittene Themen, welche die Bildungsdiskussion gegenwärtig bestimmen. Der Titel „[Meine Schule, deine Schule, unsere Schule... welche Schule?](#)“ stellte sich dabei als wegweisend heraus, ging es doch letztlich darum, welche Interessengruppen sich derzeit im Bildungsbereich um die Ressourcen und Bildungsziele streiten.

Den Beginn machte der emeritierte Berner Professor Walter Herzog, der in seinem Einstiegsreferat kritisierte, dass das Prinzip der Öffentlichkeit der Schule immer mehr eingeschränkt werde. Die EDK sei heute ohne demokratisches Mandat zum Hauptakteur der Bildungspolitik geworden. Ganz allgemein greife eine Ökonomisierung der Bildungspolitik um sich, was sich in den Begriffen wie «Output», «Bildungsmonitoring», «Human-kapital» oder «Standards» ausdrücke. Der Kompetenzaufbau würde die Illusion wecken, Kompetenzen seien operationalisiert aufbaubar, was wissenschaftlich nicht belegt sei, und er konstatierte einen entsprechenden Vermessungswahn, der sich in den immer zahlreicheren Testen widerspiegle. Er legte dar, wie immer mehr Experten und Technokraten ins Bildungsgeschäft drängen, was letztlich eine „Entpolitisierung der Bildungslandschaft“ bewirke. Eindringlich betonte er dabei die Rolle der OECD, welche einen enormen Einfluss auf die nationale Bildungspolitik ausübe. Regierungsrat Pulver stellte in seinem Gegenvotum fest, dass er diese Debatte für ausserordentlich wichtig halte. Er lobte die Broschüre „Einspruch“ als ernstzunehmende Stimme in der gegenwärtigen Diskussion, auch wenn er nicht mit allem einverstanden sei. [Ganzen Artikel lesen.](#)

Schulreformen als Mittel zum Zweck

bzbasel, 17.8.2017, GASTKOMMENTAR

von Felix Hoffmann, Sekundarlehrer in Baselland

Schule war schon immer Abbild der jeweiligen Gesellschaft. Humboldt verlieh ihr eine humanistische Prägung, im Totalitarismus des letzten Jahrhunderts war sie autoritär, die 68er machten sie antiautoritär, mit dem Eintritt der Frau in den Arbeitsmarkt wurde sie femininer und durch den aktuellen Neoliberalismus wandelt sie sich zum Marktplatz für privatwirtschaftliche Geschäftsmodelle.

Den Startschuss dafür gibt die Weltbank. Sie fordert eine Erziehung nach ökonomischer Vorgabe mittels im Sinne von Industrienormen vereinheitlichter Prüfungsstandards und der regelmässigen Messung der Prüfungsergebnisse zur Sicherung der Standards. Der PISA-Test als hierfür wichtigstes Werkzeug ist folglich kein Produkt demokratisch legitimierter Erziehungsdirektionen, sondern eines der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Im Sinne betriebswirtschaftlicher Kennzahlen, wie Umsatz und Gewinn, muss auch das in der Schule zu Messende zählbar sein. In der Folge werden Wissen und humanistische Werte wie etwa eigenständiges Denken oder Solidarität durch zählbare Kompetenzen ersetzt.

Aufgrund des von der Schuladministration umgesetzten Paradigmenwechsels entsteht die Testindustrie, die regelmässig Prüfverfahren absetzt; entwickelt die Bildungswissenschaft neue Lehrmethoden; veräussert die Verlagsindustrie darauf basierend alljährlich neue, ökologisch bedenkliche, aber Umsatz steigernde Einweglehrmittel; verkauft die Weiterbildungsindustrie ihre überlangen Fortbildungskurse.

Die öffentliche Schule als Abnehmerin der privatwirtschaftlichen Produkte bildet dabei die Grundlage eines äusserst lukrativen Handels. Dieser wird über wiederkehrende Sparübungen und Steuergelder finanziert, die dann den Lernenden aber auch anderswo fehlen. Der Wandel der Schule geschieht grösstenteils von der Öffentlichkeit unbemerkt.

Die Politik hat wenig Interesse, über die Zusammenhänge und Folgen des Paradigmenwechsels aufzuklären. Sie zieht es vor, die Notwendigkeit von Reformen zu betonen, um sich über solche zu profilieren zwecks Sicherung der Wiederwahl. Wie haarsträubend Reformen sein können, wird insbesondere von der linken Führungsspitze beharrlich negiert.

Das Fremdsprachenkonzept PassePartout beispielsweise täuscht vor, den als Sprachbad bezeichneten Aufenthalt in einem Fremdsprachengebiet auf wöchentlich zwei Lektionen übertragen zu können. Die Beschäftigung mit Grammatik und systematischer Wortschatzaufbau sind dabei verpönt.

Ausgerechnet die Linke, die sich ansonsten konsequent und glaubwürdig für die Schwachen unserer Gesellschaft einsetzt, lässt die Schülerschaft gegenüber den Kapitalinteressen der Reformindustrie im Regen stehen. Schlimmer noch, sie bekämpft Reform kritische Organisationen, und dies ohne substantielle Argumente.

Es ist zu hoffen, dass sie ihre traditionellen Werte im Schulbereich wiederentdeckt und den Lehrer- und Lehrerinnenverein Baselland bzw. die Starke Schule beider Basel zugunsten unseres Nachwuchses künftig unterstützt. Mit vereinten Kräften liessen sich die privatwirtschaftlichen Vampire zugunsten der öffentlichen Schule wieder bändigen. Das Stimmvolk würde es der Linken bestimmt danken.

«Mein Kind gehört ins Gymnasium»

NZZ vom 25.7.2017

Schweizer Industriefirmen bekunden zunehmend Mühe, ausreichend Nachwuchs für Berufslehren zu finden

Industrieunternehmen, die Lehrlinge ausbilden, müssen vermehrt Überzeugungsarbeit leisten. Dass eine Berufslehre noch immer eine solide Basis ist, lässt sich vielen Eltern nur schwer vermitteln.

Dominik Feldges, Wikon (LU)

Auf dem Land, würde man meinen, sei eine Berufslehre bei jungen Leuten noch eine Selbstverständlichkeit. Doch weit gefehlt. Auch in Wikon, einem Dorf mit 1500 Einwohnern im Luzerner Wahlkreis Willisau, streben Jugendliche zunehmend ans Gymnasium. Für Industrieunternehmen in der Region wie die Firma Hunkeler, die mit ihren ausgeklügelten Systemen unter anderem zur Bereitstellung von Papier Druckereien und Verlagshäuser weltweit beliefert, ist das ein Problem. Ihnen drohen die besten Nachwuchskräfte zu entgehen.

«Geh den Weg der Vernunft»

Die starke Anziehungskraft der Gymnasien – in Wikon haben Schüler mit dem nötigen Notendurchschnitt die Wahl, in Sursee oder in Zofingen die Kantonsschule zu besuchen – zwingt das Management von Hunkeler, bei der Rekrutierung von Lehrlingen in die Offensive zu gehen. In einer Informationsbroschüre der Firma für Lehrstellenanwärter heisst es: «Du stehst vor einer entscheidenden Weichenstellung in deinem Leben: Beruf lernen, und wenn ja, welchen – oder studieren? Wir schlagen dir vor: Geh den Weg der Vernunft!» Für Oskar Egli, der bei Hunkeler für die Aus- und Weiterbildung verantwortlich ist, bildet eine Lehre noch immer eine ideale Basis für eine erfolgreiche Berufstätigkeit. Die Bildungswege seien in der Schweiz inzwischen derart durchlässig, dass Absolventen einer Berufslehre anschliessend die verschiedensten Möglichkeiten offenstünden. Egli, der seit 25 Jahren in der Berufsbildung tätig ist, räumt aber ein, dass das Bildungssystem enorm an Komplexität gewonnen habe. Es zu verstehen, überfordere viele. In industriell-gewerblichen Kreisen ist oft die Klage zu hören, dass vorab Zuzüger aus dem Ausland den Wert einer Berufslehre verkennten. Vielen Deutschen sei beispielsweise nur das Abitur bekannt. Alles andere gelte als minderwertig.

Die Tatsache, dass viele – Schweizer und ausländische – Eltern ihre Kinder lieber im Gymnasium als in einer Berufslehre sehen, bereitet auch Vertretern des Branchenverbands des Schweizer Metall-, Maschinen- und Elektrosektors, Swissmem, immer mehr Kopfzerbrechen. Arthur Glättli, Leiter Berufsbildung bei Swissmem, stellt fest, dass Industriebetriebe bei der Rekrutierung von Nachwuchskräften für vierjährige Berufslehren wie jene des Polymechanikers oder des Konstrukteurs im selben Teich fischten wie die Gymnasien. Er habe dabei das Gefühl, dass die Konkurrenz immer härter werde.

Lehrstellen bleiben unbesetzt

Dass eine technische Lehre bei vielen Jugendlichen nicht mehr erste Wahl ist, zeigt sich auch in den Zahlen, die das Bundesamt für Statistik für die sogenannten MEM-Berufe ausweist. Begannen in diesem Bereich, der neben vierjährigen Berufslehren (Polymechaniker, Konstrukteur, Apparatebauer) auch die dreijährige Produktionsmechaniker- und die zweijährige Mechatronikerlehre umfasst, lange Zeit im Durchschnitt rund 5300 junge Leute pro Jahr ihre Ausbildung, waren es 2015 nur noch

5000 und 2016 sogar bloss 4700.

Viele Firmen bekunden vor diesem Hintergrund Mühe, offene Lehrstellen zu besetzen. Bei Hunkeler, wo 25 bzw. knapp 11% der 235 Beschäftigten Lehrlinge sind, ist die Zahl der Bewerbungen von Jugendlichen in den vergangenen Jahren ebenfalls gesunken. Ausbildungsleiter Egli beziffert den Rückgang auf rund einen Viertel. Dem Unternehmen gelingt es laut eigenen Angaben zwar nach wie vor, genügend geeignete Polymechaniker- und Konstrukteurlehrlinge zu finden. Viel schwieriger ist die Lage aber bei den dreijährigen Lehren als Produktionsmechaniker oder Logistiker. Hunkeler macht die Erfahrung, dass es bei Schulabgängern mit tieferen Noten nicht selten an der nötigen Leistungsbereitschaft mangelt. Erschwerend kommt laut Glättli von Swissmem hinzu, dass viele Lehrlinge in der Schweiz wegen ihrer sehr unterschiedlichen sozialen und kulturellen Herkunft fast nie denselben Rucksack mitbringen. Berufsausbilder sähen sich nicht selten gezwungen, Nacherziehung zu leisten.

Einen Teil des Rückgangs bei den Neueintritten in die Berufslehre hat sich die Branche der Maschinenbau-, Elektro- und Metallfirmen (MEM-Sektor) aber auch selbst zuzuschreiben. Im Zuge eines verbreiteten Stellenabbaus sank in den vergangenen Jahren in vielen Betrieben auch die Zahl der Lehrstellen. Seit der Finanzkrise 2008 sind im Schweizer MEM-Sektor 31 500, in der gesamten verarbeitenden Industrie sogar 48 000 Stellen verloren gegangen.

Lobbyarbeit an Elternabenden

Angesichts dieser Entwicklung bekommen Industrievertreter von verunsicherten Eltern oft die Frage gestellt, ob sie für ihre Lehrlinge auch nach dem Abschluss der Ausbildung noch Arbeit hätten. Die Firma Hunkeler hat sich auch hier für ein offensives Vorgehen entschieden und schreibt auf ihrer Website selbstbewusst, man sei in einem Segment der Kommunikations- und Medienindustrie tätig, das «derzeit und erkennbar auf lange Zeit» boome. Den Kontakt mit potenziellen Lehrlingen sucht das Unternehmen unter anderem mit einem Workshop für Klassen des 8. Schuljahrs in Reiden, in dem es um das Thema Vorstellungsgespräch geht. Oskar Egli ist sich auch nicht zu schade, im Auftrag des Kantons Luzern an Elternabenden der 5. und der 6. Klasse als «Botschafter der Berufsausbildung» aufzutreten. Wer heutzutage noch Jugendliche und ihre Eltern vom Sinn einer Berufslehre überzeugen will, muss bereit sein, einiges an Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.

Wenn Kinder «versagen»

NZZ vom 11.8.2017, Meinung und Debatte, Gastkommentar

von Margrit Stamm

ZU HOHE ELTERLICHE ERWARTUNGEN

«Unser Sohn macht nichts Rechtes. Er hat sein Studium abgebrochen und will nun Koch werden.» Diese Sorge meines Kollegen zur Frage nach dem Lebensweg seiner Kinder ist nachvollziehbar. Zum einen grundsätzlich, weil die OECD an der Förderung der akademischen Eliten festhält. Sie stempelt junge Menschen als Bildungsabsteiger ab, wenn sie trotz einem akademischen Familienhintergrund «nur» eine Berufslehre absolvieren. Zum anderen, weil Bildungsabsteiger in unserer akademisch geprägten Zeit ein unangenehmes Thema sind. Denn der ausschliessliche Blick auf erfolgreiche Hochqualifizierte vernebelt die Tatsache, dass unsere auf Leistung getrimmte Gesellschaft

ein beachtliches Arsenal an Bildungsabsteigern mit oft unglücklichen Lebenswegen und schwierigen Familiengeschichten produziert.

Den Kindern nur das Beste

Das Dilemma von Akademikereltern ist realistisch. Obwohl wir alle von der Akademisierungswelle mitbestimmt werden, haben Kinder aus einem solchen Milieu eine relativ grosse Abstiegswahrscheinlichkeit. Folgt man dem Soziologen Martin Schmeiser in seinem Buch zu missratenen Söhnen und Töchtern, so können etwa 60 Prozent den Status halten, aber 40 Prozent möglicherweise nicht. Einen Bauernhof kann man den Kindern vererben, eine akademische Laufbahn nicht.

Vor diesem Hintergrund wollen Eltern für ihre Kinder nur das Beste. Je höher der Status, desto höher sind die Bildungsambitionen. Dies gilt auch dann, wenn sie sagen, es sei ihnen gleich, was aus ihrem Kind einmal wird. Etwa 75 Prozent erwarten zumindest einen Gymnasium-Abschluss, obwohl sie anderes beteuern. Wenig erstaunlich ist deshalb, dass Eltern den Erwartungshorizont für ihren Nachwuchs bereits in dessen zartem Alter von 10 oder 11 Jahren festlegen und dann kaum mehr ändern.

Deshalb investieren Väter und Mütter viel Zeit, Geld und Energie in die Förderung und in die schulische Ausbildung. Sie regulieren die Bildungslaufbahn ihrer Kinder, treiben sie an, setzen sich für sie in der Schule ein, erwarten aber gleichzeitig auch, dass sie die hochgesteckten Ziele erreichen. Ist dem nicht so, dann ist dies ein fast unüberwindliches Problem, für Väter meist etwas weniger als für Mütter. Denn oft treten gerade sie zugunsten der Familie im Beruf kürzer und fragen sich deshalb, ob sich diese Investition gelohnt hat, wenn der Sprössling aus ihrer Sicht derart scheitert. Zugeben tun dies aber die wenigsten Eltern.

Die Tragik solcher Familienkonstellationen ist verständlich. Man hat dem Kind so viele Optionen geschaffen, den Übertritt ins Gymnasium ermöglicht und schlechte Noten mit Lernunterstützung aufgefangen, nur um ihm den Zugang zur Universität zu sichern. Wenn nun die Tochter das Studium abbricht und als Flight-Attendant arbeitet oder der Sohn eine Ausbildung zum Krankenpfleger macht, sehen Eltern ihre Lebensplanung zerstört. Aus den einst hoffnungsvollen Kindern werden schwarze Schafe.

Doch haben wir uns auch schon überlegt, was mit diesen Akademikerkindern passiert, die zwar offensichtlich zu Höherem geboren wären, jedoch «scheitern»? Jedes Kind, ungeachtet seines Geschlechts, seiner sozialen Herkunft oder seines Temperaments, will von den Eltern geliebt werden und Anerkennung bekommen. Oft wird es jedoch von Müttern und Vätern in einer Weise erzogen, die es fühlen lässt, dass es nur etwas wert ist, wenn es erfolgreich ist. Dann schwebt über ihm meist viele Jahre das Damoklesschwert eines mit Liebe und Liebesentzug verbundenen Leistungsdrucks. Dies kann nachhaltige Spuren in der Biografie hinterlassen und zu einem Bildungsabstieg oder -ausstieg führen.

Martin Schmeiser unterscheidet drei Typen, deren gemeinsamer Nenner schlechte Schulleistungen sind: den Hochstapler, den frühen Aussteiger und den Randständigen. Der Hochstapler bleibt lange im Herkunftsmilieu und versucht, durch ein So-Tun-als-ob die Illusion des Akademikers aufrechtzuerhalten. Eine Lebenskrise führt dann zum Abstieg und oft zur Trennung von der Familie.

Ganz anders der frühe Aussteiger, der sich schon im Gymnasium vom gravierenden Elterndruck befreit und sich einen alternativen Lebensstil aufbaut. Auf diese Weise schützt er sein Selbstwertgefühl, so dass die Beziehung zu den Eltern zwar distanziert bleibt, aber nicht abbricht. Der Typ des Randständigen wird schon früh mit einer Abstufung konfrontiert, was seine Zugehörigkeit zum Akademikermilieu infrage stellt. Trotzdem unternimmt er immer und immer wieder Anläufe, nicht zu scheitern. Doch führt dies nur zu einer randständigen Integration sowohl in die akademische als auch die nichtakademische Welt.

Deshalb wird die Beziehung zur Familie als notdürftige Kompensation aufrechterhalten.

Viel zu verlieren

Diese Typologie verdeutlicht, wie schwierig es für ein Akademikerkind ist zu scheitern. Ein Arbeiterkind kann sich auf seine soziale Benachteiligung berufen, ein Akademikerkind hat viel zu verlieren. Deshalb ist es eine belastende Hypothek, denselben Weg wie die Eltern beschreiten zu müssen. Auch wenn es sich genauso wie andere Kinder von ihnen distanzieren möchte, kann es dies nicht so tun wie ein Kind von Handwerkern, also durch hartes Arbeiten besser und erfolgreicher werden. Akademikerkinder können nur das Gleiche wie ihre Eltern erreichen.

Oft sind Bildungsabstiege oder -ausstiege eine Folge überfordernder Erziehungsmuster. In der Diskussion um die Leistungsfähigkeit unseres Nachwuchses täten wir deshalb gut daran, mehr Wert auf das individuelle kindliche Leistungsvermögen zu legen und nicht nur das Recht des Kindes auf Bildung zu betonen. Würde es Eltern vermehrt gelingen, entspannter mit den erwartungswidrigen Schulleistungen des Sprösslings umzugehen und nicht sofort ins Lernstudio oder zum Therapeuten zu rennen, hätten sie wahrscheinlich auch entspanntere Kinder – mit geringerer Prüfungsangst und ohne Burnout-Symptome. Weniger Leistungsdruck würde der Familie mehr Lebensqualität und Befreiung bringen.

Margrit Stamm ist emeritierte Professorin für Erziehungswissenschaften an der Universität Freiburg i. Ü.

Ritalin für bessere Schulleistungen

NZZaS vom 13.8.2017

Viele Kinder bekommen das Medikament, obwohl die Abgabe laut einer Studie illegal ist

Damit sie in der Schule besser sind, erhalten viele gesunde Kinder Ritalin. Das ist wohl ein Gesetzesverstoss.

Katharina Bracher

Die sechzehnjährige Tochter droht wegen ungenügender Leistungen vom Gymnasium zu fliegen. Unter der Woche schläft sie wenig und trinkt Red Bull gegen die Müdigkeit. In der Schule kann sie sich nicht konzentrieren. Die Eltern bringen das Mädchen zum Arzt, der überweist es in ein Schlaflabor und von dort zum Neurologen. Dieser stellt kein medizinisches Problem fest, er rät zu mehr Ruhe und Koffeinverzicht. Doch das haben die Eltern ihrer Tochter schon vorgeschlagen – ergebnislos. Die Mutter fragt den Arzt nach Methylphenidat, Handelsname Ritalin. Das Medikament wird eingesetzt zur Behandlung des Aufmerksamkeitsdefizit- und Hyperaktivitätssyndroms (ADHS) und soll die Konzentrationsfähigkeit steigern. Ob er es abgebe? Der Arzt weigert sich. Für den Einsatz von Ritalin fehle jede medizinische Indikation; die Tochter sei gesund. Als sich die Situation des Mädchens nach Wochen nicht verbessert, willigt der Arzt ein, versuchsweise Methylphenidat abzugeben.

Im Beispiel aus einem Elternforum verhalten sich die Eltern und möglicherweise der Arzt gesetzeswidrig. Das legt die Untersuchung der Rechtswissenschaftlerin Tanja Trost nahe; sie hat in ihrer Dissertation das Phänomen des «Cognitive Enhancement», auch Hirndoping genannt, bei Minderjährigen aus erziehungs- und persönlichkeitsrechtlicher Sicht beleuchtet. Die Juristin nimmt sich eines Graubereichs der Rechtswissenschaft an,

der bisher kaum thematisiert worden ist: Wie weit dürfen Eltern gehen, um ihr Erziehungsziel zu erreichen? Dürfen sie Ritalin verabreichen, um dem Nachwuchs schulisch auf die Sprünge zu helfen?

Trost kommt zum Schluss: «Die Verabreichung von Medikamenten wie etwa Ritalin zur Steigerung der mentalen Leistungsfähigkeit an Minderjährige ist nach geltendem Recht verboten.» Die Risiken des medikamentösen Hirndopings seien viel zu hoch. «Es geht nicht um die Behandlung von ADHS, sondern um die Verabreichung zum Beispiel von Ritalin an gesunde Minderjährige», präzisiert Trost. Es lasse sich heute nicht sagen, in welchem Ausmass die Präparate für Kinder gesundheitsschädigend sein können. Auch sei nicht klar, welchen Nutzen sie tatsächlich brächten.

Wie oft Kinder und Jugendliche Ritalin oder andere «Cognitive Enhancer» mit oder ohne vorliegende Diagnose verabreicht bekommen, ist in keiner Statistik erfasst. Einige Daten lassen sich aber heranziehen: 1999 betrug die von Arztpraxen und Apotheken abgegebene Menge an Methylphenidat laut der Arzneimittelbehörde Swissmedic 38 Kilogramm. 2016 waren es mit 344 Kilogramm neunmal mehr. Gleichzeitig stagnierte die Diagnosehäufigkeit von Kindern und Jugendlichen mit ADHS bei drei bis fünf Prozent. Experten gehen darum davon aus, dass ein Grossteil des Ritalins nicht als Medikament, sondern als Hirndopingmittel verwendet wird. Eltern, die zu äussersten Mitteln greifen, wenn sie den Schulerfolg des Nachwuchses gefährdet sehen, sind für Patrick Fassbind, den Präsidenten der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) in Basel, gleich zu beurteilen wie solche, die ihre Kinder vernachlässigen. «Einige bauen derart viel Leistungsdruck auf, dass das Kind Symptome einer Erschöpfungsdepression zeigt», sagt er. «Diese Überforderung ist ein kindesschutzrechtlich relevantes Problem wie die elterliche Vernachlässigung.» In Fällen, in denen die Eltern ihrem Kind ohne vorliegende Erkrankung Ritalin verabreichten, um die Leistungsfähigkeit zu steigern, sei das Kindeswohl gefährdet. «Damit überschreiten sie ihr Erziehungsermessen schwerwiegend, was die Kesb legitimieren würde, einzugreifen», sagt Fassbind. Das geschieht nur selten.

Ob Ritalin ohne Vorliegen eines Befundes an ein Kind abgegeben wird, liegt in der Hand der Ärzte. «Bestimmt gibt es Kinder und Jugendliche, die Ritalin erhalten, ohne dass die medizinische Indikation wirklich gegeben ist», sagt Alain Di Gallo, der Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Chefarzt an der Kinderpsychiatrischen Uniklinik Basel. Ihm sei aber kein Fall bekannt, wo sich ein Arzt von den Eltern habe überzeugen lassen, Ritalin zu verschreiben, obwohl keine Diagnose vorliege. Für Di Gallo gilt: «Methylphenidat zu verschreiben, wenn dafür keine medizinische Indikation gegeben ist, halte ich für nicht vertretbar.» Die gesundheitlichen Risiken seien zu hoch; gleichzeitig seien leistungssteigernde Effekte auf das gesunde Hirn nie nachgewiesen worden. Ein gesundes, ausgeschlafenes Hirn brauche keine medikamentöse Leistungssteigerung.

20. 8. 2017

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598